

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Wilhelm Nöbel MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Medienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, sieht im NDR-Streit offenkundige CDU-Doppelstrategie: An Albrechts Halsstarrigkeit gescheitert.

Seite 1/2

Horst Ehmke, Mitglied des SPD-Vorstandes und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, appelliert, daß das Forum "Bürger und Verwaltung" mit praktischer Stoßrichtung fortgesetzt wird: Debatte über die SPD hinaus.

Seite 3

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der GdED, zum Bundesverkehrswegeplan 1981-90: Verstärkter Ausbau der Bundesbahn.

Seite 4

Karsten D. Voigt MdB, Geschäftsführer der Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit, untersucht die sowjetischen Abrüstungsangebote: Dem Versuch der Rüstungskontrolle gebührt der politische Vorrang. II

Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1

34. Jahrgang / 215

8. November 1979

An Albrechts Halsstarrigkeit gescheitert

Auch im NDR-Streit offenkundig CDU-Doppelstrategie

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Medienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Verhandlungen über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) sind an der Unnachgiebigkeit und Halsstarrigkeit Ernst Albrechts gescheitert. Einmal mehr hat es sich gezeigt, daß es den Politikern der Unionsparteien nicht um Medienpolitik geht, sondern um machtpolitische Platzvorteile. Der niedersächsische Ministerpräsident will letztlich einen Haussender, der ihm und seiner Partei dienen soll. Trotz weitestgehendem Entgegenkommen in Richtung auf die bei der Kündigung des Staatsvertrages geforderte stärkere Regionalisierung - der Hamburger Bürgermeister Hans Ulrich Klose ist bei den Verhandlungen in diesem Punkte bis an die Grenze der rundfunkpolitischen Selbstaufgabe gegangen - verfolgte Ernst Albrecht seine rundfunkpolitische Kirchtumpolitik weiter. Dabei ist es ihm gleichgültig, daß er einen Erdbeben in der gut ausstarierten Medienlandschaft auslöst. Im Gegenteil: Nach eigenem Bekunden bereitet ihm das Vergnügen.

Dieses Verhalten Ernst Albrechts kann auch nicht mit Unwissenheit über die Folgen entschuldigt werden. Die weit über den norddeutschen Bereich hinausgehenden Nachteile und Gefahren, die eine Zerschlagung des NDR zur Folge hat, sind Ernst Albrecht zum Beispiel von allen, auch den der CDU angehörenden Intendanten - eindringlich vor Augen geführt worden:

- Durch die von Ernst Albrecht geforderte Amputation des NDR zugunsten eines eigenen Radio Niedersachsen wird dem NDR die Existenzgrundlage entzogen.
- Es geht jedoch nicht nur um den NDR. Die Zerschlagung dieses großen und bewährten Senders als Drei-Länder-Anstalt bedeutet den Einsturz einer wichtigen Säule, auf der das



Bauwerk der ARD ruht. Sie koordiniert und verteilt nicht nur das gesamte Erste Programm. Sie regelt auch den Finanzausgleich zwischen den einzelnen deutschen Rundfunkanstalten.

- Folglich ist auch die Existenz der auf Unterstützung angewiesenen Sender, nämlich des Saarländischen Rundfunks, Radio Bremens und des Senders Freies Berlin infrage gestellt.
- Damit würde auch eine entscheidende Verschlechterung der innerdeutschen Mediensituation einhergehen. Die Versorgung der Zuschauer und Hörer in der DDR mit den Rundfunkprogrammen der Bundesrepublik wird infrage gestellt, wenn der Sender Freies Berlin im Rahmen des ARD-Finanzausgleiches nicht mehr ausreichend finanziell unterstützt werden kann. Der Bund kann nicht als Geldgeber einspringen. Aus verfassungsrechtlichen Gründen ist er gehindert, den Sender zu unterstützen. Die Unionspolitiker, die in jeder Sonntagsrede die Sorge um die Landsleute im Osten lautstark im Munde führen, verdunkeln bedenkenlos dieses Fenster von Deutschland nach Deutschland, weil es um ihre rundfunkmachtpolitischen Interessen geht.
- Die Auflösung des NDR wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die auch anderswo erkennbaren Bestrebungen zu einer rundfunkpolitischen Kleinstaaterei verstärken.

Der Streit um den NDR ist Teil einer längst offenkundig gewordenen Doppelstrategie der Union. Einerseits soll durch pausenlose Angriffe gegen mißliebige Journalisten und angeblich unausgewogene Sendungen der öffentlich-rechtliche Rundfunk und damit eine Bastion für unabhängigen Journalismus und objektive Berichterstattung sturmreif geschossen werden. Andererseits soll der Rundfunk aus der öffentlichen Verantwortung herausgenommen und kapitalkräftigen Verfügungsberechtigten übergeben werden. Das angebliche Ziel nach mehr Informationsvielfalt beziehungsweise die Forderung nach mehr Ausgewogenheit der bestehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten bedeutet in Wahrheit nichts anderes, als daß die Waage sich neigen möge - natürlich zum parteipolitischen Vorteil von Herrn Albrecht und seinen Parteifreunden.

Zugrunde liegt dem die offen bekundete Auffassung, daß die nächsten Bundestagswahlen im Fernsehen und Hörfunk entschieden würden. Fixiert auf Machtgewinn um jeden Preis sind dann alle Mittel recht.

Die Union in Niedersachsen und Schleswig-Holstein geht auch ohne jegliche Rücksicht auf ein schwebendes Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht vor. Hans Ulrich Klose und Egon Bahr haben betont, daß es vorzuziehen sei, das Ringen um den NDR politisch zu entscheiden. An gutem Willen dazu, der bis an die Grenze des Vertretbaren ging, hat es auf Seiten des Hamburger Bürgermeisters bei den Verhandlungen über den NDR nicht gefehlt. Da aber das publizistische Gleichgewicht hierzulande und damit die Informationsfreiheit des Bürgers bedroht ist, mußten auch die Gerichte angerufen werden. Auf sie setzen wir jetzt unsere Hoffnung.

Darüber hinaus wird an alle verantwortungsbewußten Persönlichkeiten in den Unionsparteien appelliert, den niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten dazu zu bewegen, sich im Interesse der Allgemeinheit noch einmal an den Verhandlungstisch zu setzen.

(-/8.11.1979/ks/ca)



Debatte über die SPD hinaus  
-----

Forum "Bürger und Verwaltung" muß in praktischer Stoßrichtung fortgesetzt werden

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Worum es uns bei dem Forum "Bürger und Verwaltung" ging, war, eine in die Form von Kritik gekleidete Polemik und Propaganda gegen "die" Bürokratie zurückzuweisen, weil wir der Meinung sind, sie wird der Sache nicht gerecht. Ein Erfolg dieses Forums liegt darin, zu einer Versachlichung der Debatte beigetragen zu haben. Eine solche Versachlichung ist meines Erachtens aus drei Gründen notwendig:

1. Seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts ist die Bürokratie teilweise als geradezu unausweichliches Schicksal der modernen Welt analysiert und behandelt worden, und zwar keineswegs nur in Beschränkung auf den Staat. Auch in der Wirtschaft, in Verbänden, in den Kirchen, in den Parteien, unsere eigene eingeschlossen, haben wir Bürokratie. Hier liegt ein Sachproblem der modernen Welt, auch außerhalb unseres Landes, das mit Vernunft und Augenmaß gesehen und diskutiert werden muß.
2. Wir wollen nicht auch noch die Schizophrenie fördern, die darin liegt, daß man auf der einen Seite, in vielen zum Teil existentiellen Lebensbereichen heute auf Bürokratie angewiesen ist, auf der anderen Seite jedoch ermuntert wird, doch möglichst viel darüber zu schimpfen. Das kann ja nicht gut gehen, beides nebeneinander herlaufen zu lassen. Das gilt übrigens besonders für die sozial schwächeren Bürger. Es ist bereits mehrfach deutlich hervorgehoben worden, in welchem Maße gerade sie auf den Sozialstaat, und damit auch auf die den Sozialstaat verwaltende Bürokratie, angewiesen sind.
3. Ein weiterer Grund für die dringend gebotene Versachlichung ist, das ist zu unterstreichen, die Fairness gegenüber dem öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst ist bestimmt nicht frei von Fehlern, und es ist nicht so, daß er über Kritik erhaben wäre, genauso wenig wie die Ärzte oder die Parlamentarier oder sonst ein Berufsstand. Aber ebenso wie jene können die öffentlich Bediensteten verlangen, daß ihre Probleme sachlich und fair behandelt werden, anstatt sie zur Zielscheibe von Polemik zu machen. Ich glaube, wenn wir Propaganda durch Analyse ersetzen, dann schaffen wir Voraussetzungen nicht nur für eine bessere Diskussion, sondern auch für bessere Lösungen.

Eines unserer zentralen Themen war die Frage der Verwaltung als Dienst am Mitbürger. Auch hier muß man aber von dem Allgemeinbegriff weg hin zum einzelnen Bürger, der jeweils als ein Besonderer mit der Verwaltung zu tun hat. Ich freue mich, daß in Köln soviel zu der Frage beigetragen worden ist, daß wir den Menschen im öffentlichen Dienst schuldig sind, sie so auszubilden, daß sie diese Aufgabe erfüllen können.

Es hat keinen Zweck sich der Illusion zu verschreiben, daß Konferenzen das Bürokratieproblem lösen könnten. Wenn wir keine Initiativen in die Wege leiten innerhalb und außerhalb der Partei, wird wenig passieren, außer, daß weitere kluge Bücher geschrieben werden, oder wir sagen, das Forum "Bürger und Verwaltung" war eine interessante Diskussion.

Daher appelliere ich an alle Gliederungen der SPD, das Thema auf ihrer Ebene weiter zu vertiefen, möglichst immer mit einer praktischen Stoßrichtung. Ich appelliere aber auch an unsere Gäste, die in Köln dabei waren. Ich würde mich zum Beispiel freuen, wenn die freien Wahlfahrtsverbände demnächst die Parteien einladen würden, mit dem Anliegen: Jetzt wollen wir über das, was wir zum Beispiel in Köln im Arbeitskreis III (Soziale Dienste) diskutiert haben, in einer nächsten Runde weiterreden. Und so gibt es viele Dinge. Was ich für wichtig halte, ist, daß wir nicht bei jeder Konferenz wieder von neuem anfangen, sondern einen gemeinsamen Diskussionsstand mitbringen und dann die Themen fortführen. Eine solche Debatte, weit über die SPD und über die Parteien hinausgehend, muß in Gang kommen, wenn wir in der Sache vorwärtskommen wollen.

**Verstärkter Ausbau der Deutschen Bundesbahn**

Bundesverkehrswegeplan 1981-90 sieht 43 Milliarden DM für die Deutsche Bundesbahn vor

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Mit dem Bundesverkehrswegeplan für den Zeitraum 1981 bis 1990 werden in der Investitionspolitik des Bundes die öffentlichen Verkehrsmittel ein größeres Gewicht als bisher erhalten. Während im abgelaufenen Zehnjahreszeitraum 1971 bis 1980 der Deutschen Bundesbahn aus dem Bundeshaushalt für Erweiterungsinvestitionen, das heißt für Neu- und Ausbaustrecken sowie für neue Rangierbahnhöfe nur 1,2 Milliarden DM zur Verfügung gestellt wurden, sind im kommenden Jahrzehnt 16,8 Milliarden DM vorgesehen. Damit sollen die bereits begonnenen Neubaustrecken Mannheim-Stuttgart und Hannover-Würzburg sowie die neu ins Programm aufgenommene Strecke Rastatt-Offenburg fertiggestellt werden. Außerdem sind neue Rangierbahnhöfe zum Beispiel in München und Kornwestheim und zahlreiche Streckenausbauten vorgesehen.

Auch für Ersatzinvestitionen bei der Deutschen Bundesbahn wird der Bund verstärkt Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Für den Zeitraum 1981 bis 1990 sind hierfür 26,6 Milliarden DM eingeplant.

Die Bundesfernstraßen werden zwar auch weiterhin mit 63,4 Milliarden DM der größte Einzelposten im Bundesverkehrswegeplan sein, der Anteil der Bahn am gesamten Investitionsprogramm wird jedoch von 16 Prozent in den Jahren 1971 bis 1980 auf künftig 29 Prozent deutlich steigen. Der Anteil des Bundesfernstraßenbaus wird dadurch von 53 Prozent auf künftig 42 Prozent zurückgehen. Dies sowie die weitere Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mit voraussichtlich 14,4 Milliarden DM im kommenden Jahrzehnt zeigen die deutliche Akzentverlagerung hin zu den öffentlichen Verkehrsmitteln im Investitionsprogramm des Bundes.

Es kommt nun darauf an, daß die Länder und Gemeinden sowie die Deutsche Bundesbahn alles erforderliche tun, um die Realisierung dieses Programms zu gewährleisten. Die Schwierigkeiten bei der Linienbestimmung und Planfeststellung der Neubaustrecken Mannheim-Stuttgart und Hannover-Würzburg sowie die Widerstände verschiedener Gemeinden gegen notwendige Ausbaumaßnahmen zeigen sehr deutlich, wie schwierig die Umsetzung des von allen Parteien und Gruppen begrüßten Ausbauprogramms der Deutschen Bundesbahn ist. Es kommt nun darauf an, den allgemeinen politischen Konsens im Interesse einer zukunftsorientierten Umwelt- und Energiepolitik die Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel weiter auszubauen und auch auf lokaler Ebene gegen sachlich nicht begründete Widerstände durchzusetzen.

Die im Bundestag vertretenen Parteien sollten ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um zu verhindern, daß durch kurzfristige Kirchturmpolitik die Glaubwürdigkeit der Verkehrs- und Umweltpolitik in Frage gestellt wird. Unser Land braucht in den 80er und 90er Jahren angesichts knapper werdender Erdölreserven ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrssystem. Die notwendigen Voraussetzungen hierfür müssen durch die Neuinvestitionen bei der Deutschen Bundesbahn und bei den öffentlichen Verkehrsmitteln in den nächsten Jahren geschaffen werden.

(-/8.11.1979/ks/ca)

+ + +



Dem Versuch der Rüstungskontrolle gebührt der politische Vorrang (Teil II)

-----  
Anmerkungen vor der NATO-Ratstagung und dem SPD-Bundesparteitag

Von Karsten D. Voigt MdB

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

Unter ausschließlich militärischen Gesichtspunkten wäre eine Verschiebung der für Dezember vorgesehenen NATO-Entscheidung kein Ereignis, das Sicherheitsängste mobilisieren oder große politische Kontroversen auslösen müßte. Unter ausschließlich militärischen Gesichtspunkten wäre es auch durchaus zu verantworten, die Entscheidung über die Produktion neuer westlicher Mittelstreckenwaffen zeitlich von der Entscheidung über die Stationierung dieser neuen Waffensysteme abzukoppeln, wie dies insbesondere in den Niederlanden vorgeschlagen wird.

Im Bewußtsein der Öffentlichkeit aber würde eine Verschiebung der Entscheidung der NATO und eine Abkoppelung der Entscheidung über die Produktion von der Entscheidung über die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa überwiegend als Symbol einer Entscheidungsunfähigkeit innerhalb der NATO angesehen werden. Es bestünde deshalb die Gefahr, daß weniger aufgrund militärischer Tatsachen, sondern aus Gründen der politischen Psychologie zusätzliche Ängste in der öffentlichen Meinung mobilisiert werden könnten. Derartige Ängste würden künftige Verhandlungen zwischen Ost und West nicht erleichtern, sondern im Gegenteil erschweren.

Trotzdem ist die Reaktion einiger NATO-Politiker völlig überzogen, wenn sie auf niederländische Diskussionen mit der Vision vom Untergang der NATO und vom Ende der Sicherheit Westeuropas reagieren. Mehr Gelassenheit und Rationalität täte gut. Und diejenigen Senatoren in den Vereinigten Staaten, die die Ratifizierung des SALT II-Abkommens verzögern, haben am allerwenigsten Grund westeuropäische Parlamentarier unter Zeitdruck bei ihren Entscheidungen zu setzen.

Irrationalismus und Unkalkulierbarkeit belasten bereits heute - wie man an der Reaktion amerikanischer Politiker auf die sogenannte "Kuba-Krise" während des SALT-Ratifizierungsprozesses und sogar an bestimmten Passagen der Brüsseler Rede Henry Kissingers bemerken konnte - die rüstungskontrollpolitische Diskussion innerhalb des Westens und zwischen NATO und Warschauer Pakt.

Bundesdeutsche Politik hat in den vergangenen Jahren im Interesse stabiler und ständig verbesserter Ost-West-Beziehungen wesentlich dazu beigetragen, den wachsenden konservativen Irrationalismus in der sicherheitspolitischen Diskussion zu dämpfen und die Kalkulierbarkeit der Entspannungs- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und des westlichen Bündnisses insgesamt zu verbessern.

Zu vermeiden, daß Ängste in der Öffentlichkeit mobilisiert werden können, dazu beizutragen den konservativen Irrationalismus in der Sicherheitspolitik zu dämpfen, die Kalkulierbarkeit der Sicherheitspolitik der NATO für den Warschauer Pakt zu erhöhen, müssen auch gerade für diejenigen Zielsetzungen sein, die für die kommenden Jahre erfolgreiche Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen wünschen.

Am negativsten wäre eine Entwicklung innerhalb der NATO, die im Ergebnis den Druck auf die Bundesregierung und die Sozialdemokraten verstärken würden, im Alleingang des Null-Nuklearwaffenstaates Bundesrepublik Deutschland und der Nuklearwaffenstaaten Großbritannien und USA Pershing II-Raketen und Cruise-Missile-Marschflugkörper in Westeuropa zu stationieren. Unter diesen Voraussetzungen muß aus der Sicht der SPD bei einer NATO-Entscheidung auf die Beteiligung möglichst aller westeuropäischen NATO-Staaten (die



skandinavischen NATO-Staaten und Frankreich werden aus unterschiedlichen Gründen sowie so sich an einer Stationierung beteiligen) an der Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckensysteme gedrängt werden.

Mit der Entscheidung der NATO darf kein Automatismus in Gang gesetzt werden. Nach Auffassung der SPD muß der Gang der Verhandlungen und die erwarteten Ergebnisse es den Politikern der NATO jederzeit möglich machen, Beschlüsse zu überprüfen und, wenn nötig, zu revidieren.

Nach meiner Auffassung muß dies auch bedeuten, daß auch nach Verhandlungsbeginn vor der Serienproduktion von Pershing II- und Cruise-Missile-Mittelstreckenwaffen jeweils neue Entscheidungen in der NATO insgesamt erforderlich sind, bevor eine endgültige Entscheidung über deren Stationierung in Europa getroffen wird. Wir sollten es nicht hinnehmen, daß aus Sorge vor einer möglichen künftigen Entscheidungsunfähigkeit ihrer Mitgliedsstaaten, die NATO sich heute selber auf einen Automatismus festlegt, der künftige Ost-West-Verhandlungen erschweren könnte.

Die NATO sollte bereit sein, auch nach Verhandlungsbeginn zeitlich befristete Moratorien zu vereinbaren, die angemessen verzifizierbar und für Ost und West sicherheitspolitisch tragbar sind, um gegebenenfalls zusätzlich Zeit für Verhandlungen zu gewinnen.

Sinnvolle Ergebnisse der Rüstungskontrollverhandlungen dürfen nicht an Geld scheitern. Aus diesem Grunde müssen wir bereit sein, gegebenenfalls den Vereinigten Staaten bei der Produktion von Mittelstreckenwaffen entstandene Kosten zu erstatten, wenn deren Einführung als Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen überflüssig werden könnte.

Die bevorstehenden Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über die Mittelstreckenwaffen werden schwierig werden. Vorhandenes politische Mißtrauen wird zusätzlich durch die nur schwer mögliche Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Waffensysteme und der mit ihnen verbundenen militärischen Optionen gefördert:

Die SS-20-Rakete und der Backfire-Bomber eröffneten aufgrund der Reichweite, von Mehrfachsprengköpfen, Nachladefähigkeit, Mobilität und Treffgenauigkeit qualitativ neue militärische Fähigkeiten für die Sowjetunion.

Die Cruise-Missile-Marschflugkörper wiederum würden eine gegenüber der SS-20-Rakete völlig andersartige und zielgenauere Technologie besitzen. Die amerikanische Pershing II-Rakete wird voraussichtlich noch genauer und durchdringungsfähiger als die sowjetische SS-20-Rakete sein. Würden zusätzliche Überlegungen realisiert, die Pershing II mit einem neuen nuklearen Sprengkopf mit verringerter Strahlung und erhöhter Druckkraft (also einer Art technologischem Gegenbild zur Neutronenwaffe) auszustatten, dann muß die NATO-Entscheidung ehrlicherweise als eine Antwort auf die sowjetische SS-20 auf qualitativ höherem Rüstungsniveau interpretiert werden.

Trotz dieser politisch und militär-technologisch bedingten Schwierigkeiten wollen wir Sozialdemokraten die Ost-West-Verhandlungen mit dem Verhandlungsziel unterstützen, durch eine Verringerung der sowjetischen und eine für Ost und West insgesamt vereinbarte gemeinsame Begrenzung der Mittelstreckenwaffe die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen. Zur Zeit erscheint es unwahrscheinlich, daß diese optimale Zielsetzung tatsächlich als Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen herauskommen wird. Trotzdem lohnt es sich auch für diese optimale Zielsetzung Lösungsvorschläge zu entwickeln, die die legitimen Sicherheitsinteressen des Ostens und des Westens berücksichtigen.

Nicht alle westlichen Politiker nehmen die bevorstehenden Rüstungskontrollverhandlungen so ernst wie wir Sozialdemokraten. Nicht alle und insbesondere nicht deutsche



Christdemokraten teilen unser Ziel, die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen. Die Konservativen sind überwiegend auf Konfrontation eingestimmt und nicht am Ziel verstärkter Zusammenarbeit zwischen Ost und West orientiert.

Wir aber besitzen in den kommenden Jahren ein Druckmittel, um konstruktive und kooperative Verhaltensweisen bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen, jedoch auch bei der kommenden Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz, eine eventuelle KSZE-Sonderkonferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und auch bei den Wiener MBFR-Verhandlungen zu fördern und im Einzelfall sogar zu erzwingen: Wer nämlich in den nächsten Jahren innerhalb der NATO eine konstruktive Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik blockiert, stellt damit gleichzeitig die politischen Voraussetzungen für die NATO-Entscheidung über Produktion und Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa infrage.

Den politischen Zusammenhang zwischen Verteidigungs- und Entspannungspolitik zu setzen und wie die SPD in ihrem sicherheitspolitischen Leitantrag den politischen Vorrang der Rüstungskontrolle zu fordern, muß in der praktischen Umsetzung in den kommenden Jahren bedeuten, daß derjenige die Infragestellung verteidigungspolitischer Entscheidungen verursacht, der Rüstungskontrollverhandlungen und die Aufgabe der Entspannungspolitik überhaupt vernachlässigt. Hans Apel hat auf diesen Zusammenhang schon hingewiesen, als er die bevorstehende NATO-Entscheidung in einen Bezug zur SALT II-Ratifizierung setzte.

Es wäre gut, wenn an dieser Kontrolle über das Engagement bei der Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik neben der Bundesrepublik Deutschland auch möglichst viele andere westeuropäische Nicht-Nuklearwaffenstaaten ein möglichst gewichtiges Wort mitzureden hätten. Es spricht sicher dafür, daß derjenige NATO-Staat, der sich an einer eventuellen Stationierungsentscheidung beteiligt, auch ein größeres Gewicht und auch Druckmittel bei der rüstungskontrollpolitischen Diskussion zwischen Ost und West in Europa erhält.

Die bevorstehenden Entscheidungen beinhalten das Risiko eines weiteren Schrittes im Rüstungswettlauf zwischen Ost und West. Die bevorstehenden Beschlüsse der NATO und die konstruktiven Ansatzpunkte für Verhandlungen in der Rede und den Briefen Leonid Breschnew beinhalten aber auch die Chance für erfolgreiche Schritte bei der Kontrolle, Begrenzung und Verringerungen der Rüstungen und für neue Impulse für die Entspannungspolitik in Europa. In den kommenden Jahren sollte der Dialog zwischen Ost und West intensiviert werden. Auch aus den Gesprächen der Bundesrepublik mit der DDR sollten Fragen der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik nicht ausgeklammert werden. Im Gegenteil. Jede sinnvolle Gelegenheit zum Dialog sollte genutzt werden.

Der bevorstehende Bundesparteitag der SPD sollte den Weg in Richtung auf vermehrte Zusammenarbeit, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung weisen. Sozialdemokraten müssen in den kommenden Monaten und Jahren den Mut und die Ausdauer haben, denen, die den Kalten Krieg wiederbeleben wollen, das Konzept einer Ost und West umspannenden Sicherheitspartnerschaft als konsequente Fortsetzung der Friedens- und Ostpolitik entgegenzustellen.

Wir stehen nicht am Ende der Entspannungspolitik, sondern neue mutige entspannungspolitische Impulse sind erforderlich, um den Frieden und die Sicherheit in Europa für das kommende Jahrzehnt noch mehr als bisher zu festigen. (-/8.11.1979/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

